

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Danny Freymark (CDU)

vom 28. Juni 2019 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 02. Juli 2019)

zum Thema:

Abschaffung des Studiengangs Europakorrespondenz

und **Antwort** vom 17. Juli 2019 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 19. Juli 2019)

Senatsverwaltung für Bildung,
Jugend und Familie

Herrn Abgeordneten Danny Freymark (CDU)

über

den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/20091

vom 28. Juni 2019

über Abschaffung des Studienganges Europakorrespondenz

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Wie bewertet der Senat die Tatsache, dass den Schülern und Interessenten der Friedrich-List-Schule Berlin mitgeteilt wurde, dass ab dem Jahr 2019 der Studiengang „Europakorrespondenz“ eingestellt bzw. abgeschafft wurde?

Zu 1.:

Die Ausbildung im Studiengang Europakorrespondenz stellt eine optionale Ergänzung nach erfolgreichem Abschluss der Staatlichen Fachschule für Fremdsprachenkorrespondenz (Dauer zwei Jahre) dar. Die Arbeitsmarktsituation bei den für die an der Friedrich-List-Schule (FLS) ausgebildeten Fremdsprachenkorrespondentinnen und Fremdsprachenkorrespondenten ist äußerst positiv, so dass die jungen Menschen es nach oftmals vierjähriger Ausbildung (zwei Jahre Berufsfachschule „Staatlich geprüfte/r kaufmännische Assistent/innen mit dem Schwerpunkt Fremdsprache“, zwei Jahre Fachschule „Staatlich geprüfte/r Fremdsprachenkorrespondent/in“) vorziehen, direkt in den Beruf zu gehen, anstatt noch ein weiteres Jahr die Fachschule des Studienganges Europakorrespondenz zu besuchen. Daher ist diese Zusatzausbildung nicht mehr ausreichend nachgefragt.

2. Welche Bedingungen müssen erfüllt sein, den Studiengang „Europakorrespondenz“ weiterhin anzubieten?

Zu 2.:

Die Einrichtungsfrequenz für Fachschulklassen liegt nach den Verwaltungsvorschriften (VV Schule Nr. 10 / 2018) für die Zumessung von Lehrkräften an öffentlichen Berliner Schulen bei 25 Studierenden.

3. Waren die Bedingungen erfüllt, damit der Kurs stattfinden kann?

Zu 3.:

Mit Datum vom 17.06.2019 lagen 12 Anmeldungen vor, die die Aufnahmevoraussetzungen erfüllten. Damit ist die Einrichtungsfrequenz von 25 Studierenden (VV Schule Nr. 10 / 2018) deutlich unterschritten.

4. Aus welchem Grund war der Bildungsgang auf der Webseite der Friedrich-List-Schule noch bis zum 06.06.2019 abends online und abrufbar, obwohl bereits mit Datum 29.05.2019 schriftliche Absagen verschickt worden sind und obwohl die Anmeldefrist bis zum 19.06.2019 titulierte war?

Zu 4.:

Dieser Sachverhalt ist dem Senat nicht bekannt.

5. Den Schülern und Interessenten wurde mitgeteilt, dass es 15 Anmeldungen bräuchte, damit der Studiengang Europakorrespondent für das Jahr 2019/2020 stattfindet. Wieso variieren die Aussagen der Schulleitung anfänglich mit 15 Teilnehmern, 22 Teilnehmern und zum Schluss mit 27 Teilnehmern?

Zu 5.:

Die Einrichtungsfrequenz für Fachschulklassen liegt nach den Verwaltungsvorschriften (VV Schule Nr. 10 / 2018) für die Zumessung von Lehrkräften an öffentlichen Berliner Schulen bei 25 Studierenden. Anderslautende Aussagen sind uns nicht bekannt.

6. Wieso wurden bereits nach den Osterferien (Ende April, Anfang Mai) Schüler und Studenten abgewiesen, die sich für den Bildungsgang bewerben wollten?

Zu 6.:

Dieser Sachverhalt ist dem Senat nicht bekannt.

7. Wie bewertet der Senat die Tatsache, dass den diesjährigen Absolventen des Studiengangs „Fremdsprachenkorrespondenz“ die Chance genommen wird, die Qualifikationen zum Europakorrespondenten / zur Europakorrespondentin zu erwerben, die z. B. beim Auswärtigen Amt benötigt werden?

Zu 7.:

Das Anforderungsprofil zum/zur Fremdsprachenassistent/in beim Auswärtigen Amt beinhaltet vorzugsweise die Ausbildung zum/zur Europasekretär/in, Fremdsprachenkorrespondent/in. Diese Möglichkeit ist den an der Friedrich-List-Schule (FLS) ausgebildeten Fremdsprachenkorrespondentinnen und Fremdsprachenkorrespondenten gegeben.

Berlin, den 17. Juli 2019

In Vertretung

Beate Stoffers
Senatsverwaltung für Bildung,
Jugend und Familie